

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 29

Köln, den 15. Juli 1932

33. Jahrg.

Eine wirtschaftspolitische Gefahr.

Am 6. Mai wurden an dieser Stelle die ungeheuren Gefahren der Autarkiebestrebungen für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Arbeiterschaft aufgezeigt. Es hieß hier, daß der Übergang zur „wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit“ für Deutschland mehr als für alle anderen Länder eine gewaltige Derringerung des Volkseinkommens, eine ungeheure Steigerung der Arbeitslosigkeit, eine Vernichtung von Industrie und Gewerbe bedeutet. Darüber sind sich alle Sachkenner, soweit sie überhaupt wirtschaftlich denken können, klar; zum großen Teil auch die Autarkiefreunde, welche es nicht wagen, die Autarkie wirtschaftlich als Selbstzweck zu predigen und in die Worte zu kleiden: „Es soll so kommen; es ist gut, daß es so kommt“. In der Regel ist man vorsichtiger und sagt, wie z. B. der neue Reichsernährungsminister: „Die Autarkie ist für Deutschland kein Ziel, sondern ein Schicksal!“.

Diese neue Theorie, welche von der Reichsregierung mit allen Mitteln unterstützt wird, ist geschickter und undurchsichtiger, deshalb aber auch gefährlicher. Denn mit denen, die sich positiv für die Autarkie einsetzen, kann man streiten, ob sie zweckmäßiger und wirtschaftlich besser ist als die bisherige internationale Austauschwirtschaft; und dann wird es nicht schwer fallen, das Volk von der besseren Wirtschaftsmethode zu überzeugen. Wenn es aber heißt: „Schicksalsmäßig wird es so kommen; es hat gar keinen Zweck, sich dagegen zu wehren“, dann will man Vernunftgründe ganz ausschalten. Diese Theorie der Zwangsläufigkeiten will mit der Suggestion von Prophezeiungen wirken, und gerade deshalb ist sie so gefährlich. Daß sich auch die Nationalsozialisten zu diesen Prophezeiungen bekennen, paßt ganz in ihr verständnisloses, rein gefühlsmäßiges Sammelsurium, das sie „Wirtschaftsprogramm“ nennen.

Die Gefahren einer solchen These erkennt man am besten, wenn man die Gründe, welche für die „Schicksalsmäßigkeit“ der wirtschaftlichen Absperrung aufgeführt werden, näher untersucht. In dem Mittelpunkt ihrer Beweisführung stellen die Autarkiefreunde die Behauptung, daß Deutschland zur Absperrung von den Weltmärkten gezwungen sei, weil es nicht mehr die Stellung in der arbeitsteiligen Welt habe wie in der Vorkriegszeit: nach England, das reichste Kohlenland Europas, der zweite in der Weltrangliste der Eisenproduktion, der Monopolbesitzer von Kali, der größte chemische Fabrikant usw. zu sein. Vergleichen wir Deutschlands Produktionsbasis mit der Vorkriegszeit, dann ersieht man, daß sich an der Weltrangliste nur wenig geändert hat. Auch heute noch ist Deutschland nächst England das reichste Kohlenland Europas, marschiert es in der Eisen-, Kali- und chemischen Produktion in der Spitzengruppe aller Länder der Welt. Das dürfen wir bei aller Krisennot niemals vergessen. In den Rationalisierungsjahren hat sich die deutsche Wirtschaft einen Produktionsapparat geschaffen, der den der Vorkriegszeit quantitativ und qualitativ um ein Vielfaches übertrifft, dessen technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auch heute noch mindestens an erster Stelle Europas steht. Nicht ganz ohne Grund fürchtet deshalb das Ausland die deutsche Konkurrenz nach Überwindung der jetzigen Wirtschaftskrise. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß sich die deutsche Wirtschaft nach Beilegung des internationalen Handelskrieges eine führende Stellung am Weltmarkt sichern kann und wird. Von der industriellen Produktionsseite gesehen zwingt „Deutschlands Stellung in der arbeitsteiligen Welt“ geradezu zur Bekämpfung aller Autarkiebestrebungen. Nur in völliger Unkenntnis oder Verkennung der Tatsachen können die Autarkiefreunde aus diesem Grunde die Selbstgenügsamkeit herbeiwünschen.

Als weiteren Grund für die Zwangsläufigkeit der Entwicklung zur Autarkie hört man in der Regel, daß das „System der internationalen Arbeitsteilung“ „durch die anderen“ zerschlagen sei. Auch diese Behauptung steht im krassen Widerspruch zur Wirklichkeit. Gerade im vorigen Jahre war es Deutschland zum ersten Male gelungen, sich zum größten Exportlande der Welt aufzuschwingen. Bis 1929 hatte Deutschland ständig einen Einfuhrüberschuß; erst mit dem Krisenjahre 1930 begann die entscheidende Wendung, und im vorigen Jahre konnten wir nicht nur den gesamten Einfuhrbedarf decken, sondern darüber hinaus noch drei Milliarden für andere Zwecke verwenden. Eindeutig beweisen das die Zahlen. In Millionen Reichsmark stellte sich der deutsche Außenhandel auf:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	+ Einfuhrüberschuß + Ausfuhrüberschuß
1927	13 801	10 954	— 2 847
1928	13 650	12 446	— 1 204
1929	13 447	13 483	+ 36
1930	10 200	12 036	+ 1 836
1931	6 632	9 598	+ 2 967

Daß sich der Außenhandel im vorigen Jahre wertmäßig auf einem niedrigeren Niveau bewegte, ist allein auf die Folge der ungeheuren Preiszusammenbrüche zurückzuführen. Mengenmäßig blieb die Ausfuhr annähernd stabil, während die Einfuhr hauptsächlich infolge der deutschen Zoll- und Devisenpolitik nicht unbeträchtlich gesunken ist. Zu Anfang dieses Jahres hat die deutsche Außenhandelsbilanz einen verhängnisvollen Knick erhalten. Wenn wir auch immer noch mehr ein- als ausführen, so sind die monatlichen Überschüsse beträchtlich zurückgegangen. Das ist zweifellos die Folge der zunehmenden Absperrung des Auslandes gegen deutsche Waren. Diese Absperrung erfolgte nicht ohne Grund. Wenn wir die handelspolitischen Schwierigkeiten mit Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, mit der Schweiz, Frankreich, Italien und vielen anderen Ländern prüfen, so müssen wir in der Regel feststellen, daß gerade die deutsche Zoll- und Devisenpolitik den Anlaß zu den Kündigungen der Handelsverträge, den Einfuhrkontingentierungen usw. gegeben hat. Wenn die Autarkiefreunde bei dieser Sachlage von einer Schuld der anderen sprechen, so liegt das nur daran, daß sie immer nur den Splitter im Auge der anderen, nicht aber den Balken im eigenen Auge suchen.

Trotz alledem hat sich der deutsche Außenhandel bislang noch befriedigend entwickelt. Die Gefahren liegen noch vor uns; sie werden dann in die Erscheinung treten, wenn der neue Reichsernährungsminister die Pläne, die er kürzlich vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat entwickelte, auch nur zu einem Bruchteil verwirklicht. Denn danach gibt es kaum noch ein landwirtschaftliches Produkt, welches von einer weiteren Zollerhöhung und Preissteigerung verschont bleiben soll. Dann erst wird der Zollkrieg an allen Grenzen entbrennen, wird sich das Ausland gänzlich gegen deutsche Waren absperrern. Und das kann schon in wenigen Wochen Tatsache sein. Nur von dieser Seite, von der deutschen Agrarpolitik, droht die Gefahr, daß die Autarkie zu Deutschlands Schicksal wird. Sie ist keine Zwangsläufigkeit, sondern eine reine Interessenfrage einer kleinen, aber einflußreichen Wirtschaftsgruppe, welche auf diesem Wege, durch die Armut des ganzen Volkes, zu einer Besserung ihrer Vermögens- und Einkommenslage zu kommen hofft.

Es ist grundfalsch, wenn behauptet wird, daß die Autarkie zur „Rettung der Landwirtschaft“ notwendig sei. Die Lage der Landwirtschaft ist und bleibt von der Gesamtwirtschaft abhängig. Am

besten hat das die Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Edelprodukte bewiesen. Trotz erhöhten Zollschatzes sind die Preise für Butter, Milch, Fleisch, Käse, Eier, Gemüse usw., die Hauptzeugnisse des deutschen Bauerntums, gesunken. Nicht etwa, weil der Zollschatz ungenügend gewesen wäre, sondern aus dem einzigen Grunde, weil die Käufer dieser Produkte „ausreichende Preise“ überhaupt nicht mehr bezahlen können. Millionen von Erwerbslosen und weite Teile der Arbeiterschaft müssen schon seit langem auf den regelmäßigen Genuß von Butter und Fleisch verzichten, und das bei Preisen, welche von der Landwirtschaft als vollkommen unzulänglich bezeichnet werden. Nach den Einkommenskürzungen werden all die genannten Waren für den größten Teil des deutschen Volkes zu Luxusartikeln. Wie aber muß es erst werden, wenn durch die Zunahme der Autarkietendenzen noch weitere Arbeitslosenmassen auf den Elendsfuß der Notverordnung herabgesetzt, wenn dadurch die Arbeiter auf noch größere Lohnanteile verzichten müssen? Dann wird kein Zoll in der Lage sein, die landwirtschaftliche Edelproduktion im Preise zu erhöhen; im Gegenteil werden diese nur Absatz finden, wenn sie sich der verringerten Kaufkraft anpassen.

Es ist unbegreiflich, daß sich das deutsche Bauerntum nicht zu diesen einfachen Folgerungen bekehrt und damit entschieden von allen Autarkiebestrebungen abrukt. Man stelle sich nur einmal vor, in welchem Ausmaße Absatz und Verbrauch aller landwirtschaftlichen Edelprodukte zunehmen würden, wenn wir statt sechs nur eine Million Arbeitslose und eine normale Einkommenslage mit einer gesunden Arbeiterschaft hätten. Dann, und nur dann wird der deutsche Bauer bei mäßigem Zollschatz ausreichende Preise für seine Produkte erhalten können. Anders steht es jedoch mit dem Getreidebau. Der Brot- und Mehloverbrauch ist lebensnotwendig; wir können ihn einschränken, aber nur in geringem Ausmaße. Deshalb können sich Getreidezölle auch bei sinkendem Volkseinkommen voll im Getreide- und Brotpreis auswirken. Durch eine völlige Absperrung vom Auslande werden die Getreideproduzenten, und das sind in der Hauptsache die Großgrundbesitzer in den Ostprovinzen, gleichsam zu Monopolinhabern, die beliebig über die Höhe des Getreidepreises entscheiden können. Das Volk muß jeden Preis zahlen, weil es eben Brot zum Leben nötig hat.

Die Steigerung der Getreidepreise ist aber nur auf Kosten der ganzen übrigen Wirtschaft möglich. Mit allen Konsumenten wird der Arbeiter dadurch am meisten geschädigt, weil er nicht nur in seinem Realeinkommen gekürzt wird, sondern dazu noch leicht die Arbeitsmöglichkeit verliert. Denn in allen Wirtschaftszweigen wird sich dadurch ein empfindlicher Rückschlag bemerkbar machen. Die einzigen, welche durch die Autarkie gewinnen können, sind und bleiben die Großgrundbesitzer. Sie können auf diese Weise ihre Einkommen und Vermögen in ungeahnten Grenzen erhöhen. Wenn wir aus diesem Gesichtskreis die Autarkiebestrebungen des Reichsernährungsministers betrachten, dann können wir es verstehen, warum die Regierung Bräutigam gerade am Stiefprogramm scheitern mußte. Die Großbetriebe, welche mit wirtschaftlichen Mitteln nicht mehr zu

halten waren und deshalb durch Aufstellung auf eine solide Grundlage gestellt werden sollten, können auch auf anderem Wege „santert“ werden. Das ist der Weg, den der Reichsernährungsminister vorzeichnet, der Weg der Autarkie, der größten Volksarmut, der Massenarbeitslosigkeit, der beschritten werden soll aus dem alleinigen Grunde, um den 20 000 Großgrundbesitzern wieder eine ausreichende Rentabilität zu geben.

Für alle anderen Wirtschaftszweige kann die Autarkie nur ein großes Unglück sein. Denn Verringerung des Volkseinkommens und aller Einzeleinkommen heißt Herabsetzung aller Lebens- und Kulturbedürfnisse. Für die Arbeiterschaft heißt das nicht nur Herabsetzung des Reallohnes auf einen menschenunwürdigen Stand, sondern es heißt zugleich Verlust von Tausenden, wenn nicht Millionen Arbeitsstellen. Die Holzarbeiterschaft müßte von einer solchen Entwicklung das Schlimmste befürchten. Denn mit den Ansprüchen an Wohnung wird auch die Ausgestaltung mit Möbeln usw. gewaltig zurückgehen, weil die Allgemeinheit der Armut einmal zum Verzicht auf viele Dinge, andererseits zum ausschließlichen Verbrauch von Massen- und Schundwaren zwingt. Dazu kommt schließlich noch die Zunahme der Schwarzarbeit, welche dann selbst mit den größten Mitteln nicht mehr bekämpft werden kann, und die Fortsetzung des Autarkiegedankens in jeder einzelnen Familie. Die Not wird dazu zwingen, daß man möglichst ohne fremde Hilfe fertig wird.

Das ist das wahre Gesicht eines autarkischen Deutschlands, welches nur von den Großgrundbesitzern gewünscht und in Sirenen gesungen von den Nationalsozialisten dem Volke schmackhaft gemacht wird. Autarkie ist für Deutschland schlimmer als die Kriegswirtschaft mit all ihren Erschöpfungstoffen. Wohl niemand wünscht die Papierstoffe, Holzschuhe und Lebensmittelersatzprodukte wieder herbei; besonders deshalb nicht, weil eine solche Armut nicht notwendig ist, sondern nur den Grundmagnaten dieht.

Häufig heißt es, daß Autarkie zu Unrecht noch ein Schlagwort im politischen Tageskampfe ist, daß man in Wirklichkeit die Diskussion darüber abbrechen kann, weil sie nun einmal da sei oder zwangsläufig kommen müsse. Das ist nur ein Ablenkungsmanöver der Kreise, die hinter den Kulissen ihre ertragreiche Geschäfte machen wollen. Die Autarkie ist eine drohende und abwendbare Zukunftsgefahr. Mit jedem Schritt, der uns zollpolitisch weiter zur wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit bringt, muß das ganze Wirtschaftsleben zusammenschrumpfen, muß insbesondere die Arbeiterschaft immer tiefer in Armut und Elend versinken. Darauf arbeitet die neue Reichsregierung hin. Gefahr ist im Verzuge! Wenn sich das ganze Volk gegen die dunklen Geschäftemacher zur Wehr setzt, dann kann es nicht soweit kommen, daß Autarkie Deutschlands Schicksal wird. Mit Recht aber sagt Professor Sombart in seiner neuen Broschüre, daß die Zukunft der Wirtschaft nicht ein Naturprozeß, sondern ein Willensproblem ist. An der Arbeiterschaft wird es liegen, ob sich der Wille der wenigen Großgrundbesitzer gegen das ganze Volk durchsetzt.

St.

Deutsche Holzwaren auf dem Weltmarkte.

Unter dem Druck der Wirtschaftskrise, die auf allen Ländern heute lastet, und den Warenaustausch erschwert, ist der deutsche Außenhandel mit Holzwaren erheblich zurückgegangen. Unsere Holzwarenausfuhr, die in der deutschen Handelsbilanz als Exportartikel eine beachtliche Stellung einnimmt, hat sich mengenmäßig im Jahre 1931 gegenüber dem Vorjahre um 11 Prozent verringert und wertmäßig ist sie um 23 Prozent gesunken. Die folgende Gegenüberstellung zeigt die mengenmäßige Entwicklung in Doppelzentner:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrüberschuß
1931	332 765	1 057 846	724 081
1930	495 237	1 201 614	706 377
1929	575 312	1 223 892	648 580
1928	696 170	1 045 157	348 976
1913	490 588	1 268 179	777 591

Aus der Gegenüberstellung geht hervor, daß auch die Einfuhr von Holzwaren bedeutend gesunken ist. Daraus ist es zu entnehmen, daß der mengenmäßige Ausfuhrüberschuß trotz sinkender Ausfuhr im Jahre 1931 höher war als in den vorhergehenden Jahren. Dagegen ist der wertmäßige Ausfuhrüberschuß auch im Jahre 1931 gesunken, wie folgende Übersicht zeigt (in 1000 Mark):

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrüberschuß
1931	44 323	225 067	180 744
1930	66 224	292 498	226 274
1929	73 803	325 495	251 692
1928	75 836	299 408	223 572
1913	48 253	224 702	176 449

Der Wert der Ausfuhr hat danach den Stand von 1913 erreicht, nachdem vorübergehend eine höhere Ausfuhr erzielt war. Der Rückgang der Ausfuhr verteilt sich auf alle Holzwarengruppen mit Ausnahme von Korkwaren, die im Jahre 1931 gegenüber den Vorjahren noch eine leichte Steigerung der Ausfuhr erreichten. An Möbel und Holzwaren wurden 1931 rund 779 000 Doppelzentner ausgeführt gegenüber 856 000 Doppelzentner im Jahre 1930; der Rückgang in dieser Warengruppe beträgt danach 77 000 Doppelzentner. Dieser Ausfuhr steht eine Einfuhr gegenüber von 286 000 Doppelzentner 1931 und 435 000 Doppelzentner 1930. Der Ausfuhrüberschuß beträgt somit im Jahre 1931 rund 493 000 Doppelzentner und 421 000 Doppelzentner 1930. Auf die einzelnen Waren dieser Gruppe verteilt sich Ausfuhr und Einfuhr wie folgt (in Doppelzentner):

	Ausfuhr		Einfuhr	
	1931	1930	1931	1930
Furnierte Möbel	57 220	54 444	1 228	4 212
Unfurnierte Möbel	52 072	56 070	5 798	7 885
Bugholz Möbel	23 742	23 081	1 557	3 425
Fenster, Türen	84 186	86 227	15 520	39 288
Kisten und anderes	107 933	131 106	12 975	17 228
Sperrholz	108 634	96 855	181 054	280 372
Furniere, Wandbekleidung	31 706	29 756	26 964	25 067
Gold- und Holzleisten	11 043	15 684	44	50

Eine Zunahme der Ausfuhr ist zu verzeichnen bei furnierte Möbel, Bugholz Möbel, Sperrholz und Furniere und Wandbekleidung. Die Einfuhr ist in allen Warengruppen zurückgegangen bis auf Furniere und Wandbekleidung, wo eine geringe Zunahme festgestellt werden kann. Beachtlich ist der Einfuhrrückgang bei Sperrholz und Fenster und Türen. Der Ausfuhrüberschuß ist in allen Warengruppen bis auf Sperrholz, wovon wir mehr ein- als ausführen, und Furniere ganz beträchtlich.

Wesentlich ungünstiger gestaltet sich der Außenhandel mit Musikinstrumenten. Hier ist der Rückgang ganz erheblich. Insgesamt führte Deutschland 1931 rund 75 000 Doppelzentner Musikinstrumente aus gegen 131 000 Doppelzentner im Jahre 1930, 181 000 Doppelzentner im Jahre 1929 und 285 000 Doppelzentner im Jahre 1913. Die Ausfuhr beträgt heute fast nur noch ein Viertel der Ausfuhr der Vorkriegszeit und ist gegen 1930 um 56 000 Doppelzentner gesunken. Dieser enorme Ausfuhrückgang hat sich auf den Beschäftigungsgrad unserer Musikinstrumentenindustrie sehr ungünstig ausgewirkt, was an der hohen Arbeitslosenziffer unter den Musikinstrumentenarbeitern ersichtlich ist. Die Einfuhr von Musikinstrumenten ist nicht erheblich. Im Jahre 1931 wurden 3000 Doppelzentner eingeführt gegen 5000 Doppelzentner 1930. Auf die einzelnen Warengruppen verteilt sich Ausfuhr und Einfuhr wie folgt (in Doppelzentner):

	Ausfuhr		Einfuhr	
	1931	1930	1931	1930
Klaviere	18 284	39 788	236	270
Flügel	5 201	8 370	196	361
Harmoniums	2 011	3 288	16	33
Mechaniken	1 807	2 332	32	103
Klavaturen	472	660	—	2
Geigen	593	956	225	305
Sithern	789	1 233	22	10
Mundharmonikas	13 931	23 658	11	45
Ziehharmonikas	6 928	11 192	89	86

Vergleichsweise sei angeführt, daß Deutschland im Jahre 1929 rund 64 000 Doppelzentner, 1927 rund 91 000 und 1913 mit Flügel zusammen rund 194 000 Doppelzentner Klaviere ausführte. Der Rückgang ist geradezu katastrophal. Zurückzuführen ist dieser gewaltige Ausfuhrückgang auf die hohen Zollsätze, die eine Reihe von Ländern in der Nachkriegszeit eingeführt haben. Bei Mundharmonikas betrug die Ausfuhr 1927 rund 35 000 und 1913 rund 25 000 Doppelzentner. Auch hier ist der Ausfuhrückgang ganz beträchtlich. Ebenso bei Ziehharmonikas, wovon wir vor dem Kriege, 1913, rund 22 000 Doppelzentner ausführten.

Die Gruppe Bürsten, Pinsel und Siebwaren hat sich in der Ausfuhr erfreulicherweise nahezu auf dem früheren Stand gehalten. Die Ausfuhr betrug 1931 36 500 Doppelzentner gegen 37 200 Doppelzentner 1930 und 36 700 Doppelzentner im Jahre 1929. Im Jahre 1913 stellte sich die Ausfuhr auf 30 000 Doppelzentner. Die Einfuhr stellte sich 1931 auf 8000, 1930 auf 11 400, 1929 auf 9700 und 1913 auf 14 000 Doppelzentner. Auf Bürsten und Pinsel entfallen von der Ausfuhr und Einfuhr (in Doppelzentner):

	Ausfuhr		Einfuhr	
	1931	1930	1931	1930
Bürsten	16 980	15 915	6 227	8 272
Pinsel	16 820	11 668	37	87

Die Ausfuhr von Kämmen und Knöpfen betrug 1931 rund 46 700, 1930 rund 50 600, im Jahre 1929 rund 48 000 und 1913 rund 33 800 Doppelzentner. 1931 ist gegenüber dem Vorjahre die Ausfuhr um rund 4000 Doppelzentner gesunken. Die Einfuhr stellte sich 1931 auf 7500, 1930 auf 7200 und 1913 auf 8400 Doppelzentner. Auf die wichtigsten Warengruppen entfallen von der Aus- und Einfuhr (in Doppelzentner):

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 10. bis 16. Juli 1932 ist der 29. Wochenbeitrag fällig.

	Ausfuhr		Einfuhr	
	1931	1930	1931	1930
Perlmutternknöpfe	279	386	2 619	2 450
Steinrußknöpfe	385	489	3 169	2 895
Knöpfe aus Horn, Knochen	1 130	1 538	59	75
Kämme	44 832	48 160	1 714	1 803

Bei Korbwaren stellte sich die Ausfuhr 1931 auf 35 300, 1930 auf 37 900 und 1913 auf 40 600 Doppelzentner. Demgegenüber steht eine Einfuhr von 10 400 Doppelzentner 1931 und 13 100 Doppelzentner 1930. Darunter befanden sich (in Doppelzentner):

	Ausfuhr		Einfuhr	
	1931	1930	1931	1930
Korbflechtwaren	19 227	20 167	2 885	2 636
Lackierte Flechtwaren	12 865	13 648	810	702

Ein günstiges Ergebnis weisen Korbwaren auf, wo die Ausfuhr seit 1925 fortlaufend gestiegen ist und im Vorjahre um rund 6000 Doppelzentner höher war als 1913. Insgesamt wurden 1931 rund 61 200, 1930 rund 60 900, 1929 rund 56 000 und 1913 rund 54 900 Doppelzentner ausgeführt. Die Einfuhr betrug 1931 17 000, 1930 21 800 und 1913 16 000 Doppelzentner. Bei gleichzeitiger Zunahme der Ausfuhr fällt hier vor allem der starke Rückgang der Einfuhr auf. Auf die wichtigsten Warengruppen entfallen von der Aus- und Einfuhr (in Doppelzentner):

	Ausfuhr		Einfuhr	
	1931	1930	1931	1930
Platten und Scheiben	46 488	45 563	2 713	4 387
Korkstopfen	941	1 452	10 936	12 311
Anderer Korbwaren	6 576	9 483	843	511

Erwähnt seien dann noch Stöcke, wovon Deutschland 1931 rund 2000 Doppelzentner ausführte gegen 2200 im Jahre 1930, und 5800 im Jahre 1913. Die Einfuhr stellte sich hierin auf 553 Doppelzentner 1931 und 858 Doppelzentner 1930. Blei-, Farb- und Kohlenstifte wurden 1931 für 21 500, 1930 für 25 300 und 1913 für 26 900 Doppelzentner ausgeführt, der nur eine geringe Einfuhr, und zwar 378 Doppelzentner 1931, und 660 Doppelzentner 1930 gegenüberstand.

Die Durchprüfung der einzelnen Warengruppen zeigt uns, wo sich unsere Handelsbilanz gebessert, und wo sie sich verschlechtert hat. Während bei einigen, allerdings wenigen Warengruppen eine Steigerung der Ausfuhr eingetreten ist, weisen andere, und in diesem Falle leider gerade die wichtigsten des Holzgewerbes starke Verluste auf. Zollerhöhungen und andere Einfuhrbeschränkungen bilden neben der starken Schwächung der Kaufkraft die wichtigsten Gründe für den starken Rückgang unserer Ausfuhr. Die unübersichtliche Lage und die starken politischen Beunruhigungen dämmen naturgemäß auch die Kaufkraft stark ein, so daß große Bestellungen nicht in großem Umfange einlaufen. Starke Schwankungen der Ausfuhr sind immer ein Zeichen dafür, daß der Weltabsatzmarkt unter Unsicherheit steht. Für die gleichmäßige Aufwärtsentwicklung der Ausfuhr ist nichts nötiger als ein reibungsloses Zusammenarbeiten der Völker. Nur so kann Handel und Wandel gedeihen und zum Wohlergehen der Welt beitragen. Die Einwirkungen der ungünstigen Lage des Weltabsatzmarktes auf die deutsche Holzindustrie zeigen sich an der schlechten Lage unserer Holzindustrie, wo die Arbeitslosigkeit bedrückende Formen angenommen hat.

Ernst Heumann.

Partei oder Gewerkschaft.

Ein Nationalsozialist war seit mehreren Jahren Mitglied unseres Verbandes. Nachdem seine Partei durch die Gründung der Betriebszellen die politische Grenze überschritten, und gewerkschaftlichen Boden betreten hatte und sich deshalb den Kampf der christlichen Gewerkschaften zuzog, sah er sich vor die Entscheidung gestellt, einer der beiden Organisationen den Rücken zu kehren. Den letzten Anstoß gab ihm die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Präsidenten-

wahl. Er entschied sich für seine Partei und gegen seine Berufsorganisation und meinte, die christlichen Gewerkschaften hätten ihre parteipolitische Neutralität verletzt. Grundsätzlich hielt er aber den Gedanken der christlichen Gewerkschaftsbewegung hoch. Die ihm entgegen gehaltenen, von seiner Partei nicht widersprochenen Verfehlungen und unsozialen Ziele tat er alle als nicht zutreffend ab und bezeichnete solche Erinnerungen als unwahr. Sein Vertrauen zur Partei und ihrer Zweckbestimmung überwog alles. Auf die Frage, was er tue, wenn er sich von seinen Parteiführern doch einmal betrogen sehe, antwortete er: „Dann werden sie alle an die Wand gestellt! Glaubst Du ich hätte bis in die Nacht hinein Saalschutz gemacht, Stundenlang zu den Versammlungen gelaufen und fast meine ganze freie Zeit geopfert, um mich dann . . .“ und dann stockte seine Rede. Auf die Frage, was er als einen Betrug seiner Partei gegen ihn im augenblicklichen politischen Leben ansehen würde, erhielt ich die Antwort: „Die brauchen nur die Regierung Brüning zu unterstützen.“ Nach diesen Antworten war es für mich klar, daß er blindlings seinen Parteiführern vertraut und ihnen folgt.

Es wäre gut, ihm heute nach dem Regierungswechsel einmal die obige Frage in Erinnerung zu bringen. Wie mag ihm werden, da seine Partei bei der Junker-Regierung Pate gestanden hat. Wie will er sich mit Macht zur Wehr setzen gegen den in der Notverordnung enthaltenen Schlag gegen lebenswichtige Interessen der arbeitenden Bevölkerung? Einmal wird ja die Erkenntnis kommen über seinen Fehlschritt, durch den er seiner Partei Aufgaben zugemutet hat, die sie niemals erfüllen will noch kann. So gibt es noch eine Anzahl Arbeiter, die in ihrer Partei das alleinige Allheilmittel zur Behebung ihrer und der Gesamtnotlage sehen. Diese Arbeiterschaft wird einmal, freiwillig oder durch die Verhältnisse gezwungen, einsehen, daß die Gewerkschaften allein zur Lösung unserer Aufgabe, zur Durchführung der wirtschaftlichen, staatlichen und sozialen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft berufen sind.

Lohn- und Tariffbewegung.

Rheinisch-westfälisches Sägewerbe. Die seit Januar dieses Jahres geltenden Löhne für das rheinisch-westfälische Sägewerbe wurden seitens der beteiligten Arbeitgeberverbände zum 30. Juni gekündigt. Eine Neuregelung der Löhne gelang auf dem Verhandlungswege, doch mußte eine Senkung von 6,6 Prozent in Kauf genommen werden. Die neuen, ab 1. Juli geltenden Löhne betragen:

Arbeitergruppe Ortsklasse	I	II	III	IV	V
1 a	70	67	62	57	53 Rpfr
b	65	62	58	53	49 Rpfr
c	55	52	48	44	41 Rpfr
2 a	67	64	60	55	51 Rpfr
b	60	57	53	48	45 Rpfr
c	49	47	43	40	37 Rpfr
d	36	35	32	30	28 Rpfr
3 a	39	37	34	31	29 Rpfr
b	35	34	31	29	27 Rpfr
c	29	28	26	24	22 Rpfr
d	23	22	20	19	17 Rpfr

Alle bestehenden Lohn- und Akkordsätze ermäßigen sich um denselben Prozentsatz wie der Spitzenlohn.

Das Lohnabkommen gilt bis zum 30. September und kann erstmalig zu diesem Termin gekündigt werden.

Rundschau.

Eine Freundschaft erfüllen wir, wenn wir hier eines Mannes gedenken, der aus unseren Reihen stammt und nun 25 Jahre der Gesamtbewegung diene.

Fritz Baltrusch, eine der populärsten Persönlichkeiten der christlichen Gewerkschaftsbewegung, steht am 1. Juli ein Vierteljahrhundert im Dienste des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. 1876 in Ostpreußen geboren, half er als junger Holzarbeiter im Essener Bezirk die christliche Gewerkschaftsbewegung schaffen. 1907 wurde er Gesamtverbandssekretär für Mitteldeutschland, von 1909 bis 1912 war er in gleicher Eigenschaft im Saargebiet. Nach dem Kriege war er als Berliner Geschäftsführer des Gesamtverbandes an der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes hervorragend mitbeteiligt. Auch bei der Schaffung der Zentralarbeitsgemeinschaft und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stand Fritz

Baltrusch Pate. Sein sachlicher Rat wurde nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch seitens der Reichsregierung geschätzt, die ihn wiederholt zu wichtigen Tagungen als Wirtschaftssachverständigen entsandte. Auch in der evangelischen Arbeiter- und Kirchenbewegung spielte er von jeher eine maßgebliche Rolle.

Es ist in einer kurzen Abhandlung nicht möglich, die vielseitige Betätigung von Fritz Baltrusch und seine mannigfachen Verdienste um die christliche Arbeiterschaft sowie das gesamte Volk auch nur andeutungsweise zu würdigen. Sein Leben ist überreich an Arbeit und Erfolg. Wenn wir eines noch ganz besonders an dem Menschen Baltrusch schätzen, so ist es seine vorbildliche Freundestreue und väterliche Kameradschaft auch zu seinen jüngeren Mitarbeitern. Auch wir danken dem Jubilar an seinem Ehrentage im Namen vieler, die er auf seinem reichsegneten Lebenswege betreute, und wünschen ihm noch recht lange, schaffensfrohe Jahre.

Notmaßnahmen anderer Verbände. Die langandauernde Krise hat bei allen gewerkschaftlichen Berufsverbänden nicht nur die allergrößte Sparsamkeit auf dem Gebiete der Verwaltung zu unabwendlicher Notwendigkeit gestempelt. Darüber hinaus mußten auch die Unterstützungseinrichtungen Kürzungen erfahren, wenn nicht der Verfall der Organisationen in absehbarer Zeit hätte eintreten sollen. Die von unserem Verband getroffenen Maßnahmen sind in einer Reihe von Konferenzen in den einzelnen Bezirken von Mitgliedern des Zentralvorstandes erläutert und von den Mitgliedern verstanden worden. Andere Verbände sahen sich zu ähnlichen Maßnahmen gezwungen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat folgenden Beschluß gefaßt: Als Notmaßnahmen treten mit dem Beginn des dritten Vierteljahres 1932 folgende Bestimmungen in Kraft:

1. Zahlung von Krankenunterstützung wird vorläufig ganz eingestellt.
2. Die Arbeitslosenunterstützung wird auf die Hälfte der statistischen Sätze herabgesetzt.
3. Die Bezugsdauer für die Arbeitslosenunterstützung wird von zehn auf acht Wochen herabgesetzt.
4. Die Invalidenunterstützung wird auf ein Drittel der statistischen Sätze herabgesetzt.

Der Gewerkverein der Holzarbeiter (Hirsch-Duncker) kündigt in der „Eiche“, dem Verbandsorgan vom 24. Juni, die den Zahlstellen durch Rundschreiben mitgeteilten „einschneidenden Maßnahmen“ an. Welcher Art diese sind, wird zwar nicht gesagt, ist aber sicher kein Geheimnis.

Der Christliche Metallarbeiterverband macht bekannt, daß die Erwerbslosenunterstützung von der 27. Beitragswoche an außer Kraft gesetzt wird.

Ähnliche Notmaßnahmen sind in anderen Verbänden entweder durchgeführt oder werden beabsichtigt.

Angeichts der bedenklichen Entwicklung, die unser politisches und soziales Leben in Deutschland zu nehmen droht, muß alle Kraft und Überlegung auf die Erhaltung der gewerkschaftlichen Organisationen, als des einzigen wirksamen Schutzes lebenswichtiger Arbeiterinteressen, verwandt werden. Infolgedessen sind die Maßnahmen dieser Art unbedingt richtig. Denn es wäre Selbstmord, die Kassen der Verbände restlos zu leeren und damit die eigene Ohnmacht zu besiegeln. Es wird, wenn bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung die gewerkschaftliche Unterstützung angerechnet, Hilfsbedürftigkeit also dann verneint wird, wenn der Arbeitslose noch Anspruch auf gewerkschaftliche Unterstützung hat, notwendig sein, daß die Verbände entsprechende Maßnahmen treffen. — Unter Umständen ist die vollständige Einstellung der gewerkschaftlichen Sozialunterstützungen der Weg, die Gewerkschaftskassen vor dem indirekten Zugriff der behördlichen Organe zu schützen.

Intarsien aller Art Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken. E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzelle 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Beueler Wall 9. Telefonruf West 5 15 18. — Redaktionsschluß im Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Adln.